

03.07.2015

## Kleine Anfrage 3649

des Abgeordneten André Kuper CDU

### **Bundesweit höchste Kostensteigerung bei den Kosten der Unterkunft in NRW**

Der kommunale Anteil an den Kosten für Unterkunft, Heizung und sonstigen Leistungen wie Erstausrüstungshilfen bei der Geburt eines Kindes (KdU) ist zwischen 2005 und 2014 um rund 14 Prozent gestiegen. Mit der Zahl der SGB-II-Empfänger hängt das nicht zusammen. Diese ist im gleichen Zeitraum um ca. 10 Prozent gesunken. Darauf weist der Deutsche Landkreistag in einer aktuellen Meldung hin. Der Verband bezieht sich auf die aktuellen Arbeitsmarktzahlen, welche von der Bundesagentur für Arbeit am Dienstag, 30. Juni 2015, veröffentlicht worden waren. Als Grund für die steigenden Kosten auf der kommunalen Seite führt der Landkreistag die gestiegenen Mieten und Energiekosten an.

Die Kostensteigerung falle regional sehr unterschiedlich aus, teilt der Verband weiter mit. Der stärkste und absolut höchste Anstieg für kommunale Leistungen ergibt sich in Nordrhein-Westfalen mit über 28 % (von 3 Mrd. € auf 3,9 Mrd. €). Dort treffen eine konstant hohe Zahl von Empfängern und Kostensteigerungen bei den Unterkunftskosten zusammen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung der steigenden kommunalen Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft?
2. Wie erklärt sich die Landesregierung die im bundesweiten Vergleich der Flächenländer überproportional steigenden kommunalen Aufwendungen für die KdU?
3. Wie entwickeln sich einzelgemeindlich die kommunalen Aufwendungen für die KdU seit dem Jahr 2005?

Datum des Originals: 02.07.2015/Ausgegeben: 03.07.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

4. Wie hoch ist seit dem Jahr 2005 die Bundesbeteiligung an den kommunalen KdU jeweils in den Kommunen (prozentual und absolut)?
5. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um die Aufwendungen der Kommunen bei den KdU zu nicht weiterhin überdurchschnittlich steigen zu lassen?

André Kuper